

Europa braucht uns - jetzt!

70 Jahre Europa-Union Deutschland

Rede des EBD-Präsidenten Dr. Rainer Wend zum Festakt am 11. Januar 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Herren und Damen Minister,
sehr geehrter Herr Staatsminister,
Exzellenzen,
sehr geehrte Mitglieder des Europaparlaments, des Bundestags und der Landtage,
sehr geehrte Repräsentantinnen und Repräsentanten der Ministerien und der europäischen Institutionen in Berlin,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus Europa-Union und Europäischer Bewegung,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Happy Birthday, Europa-Union Deutschland! Ohne Euch würde es uns gar nicht geben! Ich freue mich sehr, heute Abend für die Europäische Bewegung unserem „Geburtshelfer“ zum Siebzigsten gratulieren zu dürfen. Denken wir 70 Jahre zurück. Der Krieg war vorbei. Stunde Null. Visionäre wie Winston Churchill und sein Schwiegersohn Duncan Sandys träumten Europa neu und fanden zahllose Unterstützer dafür. Schnell wurden Nägel mit Köpfen gemacht, auch in Deutschland. In Syke bei Bremen wurde am 9. Dezember 1946 die Europa-Union Deutschland aus der Taufe gehoben – zweieinhalb Jahre vor Gründung der Europäischen Bewegung.

Mit kaum einem Partner arbeiten wir so eng zusammen wie mit der Europa-Union, sie ist und bleibt „primus inter pares“ unter den Mitgliedsorganisationen. Viele Akteure – Eugen Kogon, Carlo Schmid und andere – waren in den Anfangsjahren in beiden Organisationen aktiv und auch heute gibt es enge Verbindungen. EUD-Generalsekretär Christian Moos und EUD-Präsidiumsmitglied Otto Schmuck sind Mitglieder des EBD-Vorstandes, viele Ehren- und Hauptamtliche bei der Europäischen Bewegung sind Mitglieder der EUD. Wenig symbolisiert die Zusammenarbeit besser als die „Schengen-Grenze“ in unserer Bürogemeinschaft – eine Verbindungstür zwischen den Büros, häufig offen, manchmal angelehnt, die täglich fast alle aus beiden Teams überqueren.

Die Arbeitsteilung ist klar: Die Europa-Union kümmert sich um die Europäisierung der Bürgerinnen und Bürger, wir um die Europäisierung der Institutionen und Organisationen. Als Deutschlands größtes Netzwerk für Europa haben wir derzeit 246 Mitglieder, vom Jugendverband bis zum Weltkonzern, die allesamt ein geeintes Europa wollen. Die Europa-Union ist wie das Salz in der Suppe der EBD – auch wenn es bei uns keinen Konsens geben dürfte für einen Europäischen Bundesstaat.

Manche sagen, die EUDler seien die „schrulligen Föderalisten“ und in der EBD seien die „unpolitischen Europäisten“. Ich sage: In der Demokratie ist keine Idee zu schrullig, um nicht wenigstens gehört zu werden.

Was die Europa-Union ihren über 17.000 Mitgliedern – auch ich gehöre dazu! – bietet, ist eine Demokratieförderung in der Fläche, auf allen Ebenen und mit europäischer Agenda. Die Dänen nennen es „Lille Demokrati“, „kleine Demokratie“. Gemeint sind hier Gehörtwerden, Kompromissfindung, Interessenausgleich und öffentliche Meinungsbildung: Eben das, was täglich in Vereinen und Verbänden, in NGOs und Initiativen geschieht! Viele kennen nur die „große Demokratie“ der Wahlen und der Parlamente. Das reicht aber nicht aus, gerade in Zeiten der Politikverdrossenheit, in denen nur noch zwei Prozent der Bevölkerung Mitglied einer Partei sind. Umso mehr möchte ich der Europa-Union danken für das demokratische europapolitische Engagement vor Ort, mit tausenden von Bürgerinnen und Bürgern, mit der Politik und den gesellschaftlichen Kräften!

„Interessenvertretung, ist verwirrend vielfältig. Und demokratische Mehrheitsbildung und Entscheidungsfindung sind ein komplizierter Prozess. Da braucht man immer Kritik, auch den Zwang zur Rechtfertigung von Entscheidungen an rationalen Kriterien; aber man muss eben auch wissen, dass demokratische Mehrheits- und Konsensfindung Kompromissfähigkeit fordert.“

Das haben Sie, verehrter Herr Minister Schäuble, im September in einer Rede gesagt und wir geben Ihnen völlig Recht! Im Netzwerk der EBD und unter den Mitgliedern der EUD weiß man das – und nicht nur dort. Ich wage zu behaupten, dass eine Brexit-Überraschung hier in Deutschland nicht möglich gewesen wäre. Dafür ist Deutschland zu pluralistisch und durchaus in der Lage, komplexe Entscheidungen im Konsens zu treffen.

Entgegen der wachsenden Propaganda von Europegegnern sind Demokratie und Europapolitik kein Widerspruch, wie die 70jährige Erfolgsgeschichte der Europa-Union zeigt. Für die „kleine Demokratie“ gilt, was auch für die große Demokratie richtig ist: Es ist mühsam, sich zu einigen, aber es lohnt sich. Letztlich geht es immer um die Abwägung von Idealen und Realpolitik und schließlich um die Umsetzung durch demokratisch legitimierte Mehrheiten. Aber ohne Ideale gäbe es nur noch Realpolitik.

Die EBD versucht mit ihren Mitteln, beides zu verbinden. Nach Konsultationen und Abstimmung mit ihren Mitgliedern ist klar: Weite Kreise der deutschen Gesellschaft wollen die europäische Integration. Das bestätigen auch Meinungsforscher wie jüngst wieder die Bertelsmann-Stiftung: 69 Prozent der Deutschen sind dafür, dass ihr Land in der EU bleibt! Auch in anderen europäischen Ländern sind die Werte höher, als die Unkenrufer sich träumen lassen.

Natürlich sagt ein Wert von 69 Prozent nichts darüber aus, ob die Leute am Klein-Klein der Tagespolitik verzweifeln. Sehr wohl aber zeigt es, dass eine überwältigende und stabile Mehrheit in den großen Fragen auf Europa setzt und Europa etwas zutraut. Das tun wir ebenfalls – aber wir glauben auch, dass Europa noch besser werden muss.

Ich nehme aus unseren „Politischen Forderungen“ an dieser Stelle vor allem diejenigen Punkte heraus, die mir an diesem Orte wichtig sind:

- Wir brauchen ein starkes demokratisches und pluralistisches Europa!
- Wir brauchen mehr Demokratie, mehr Mitsprache auf allen Ebenen. Die Krise der Demokratie in vielen Nationalstaaten schwächt die noch junge Demokratie in der EU.
- Wir stehen für ein starkes Europäisches Parlament und eine parlamentarisch kontrollierte politisch agierende Europäische Kommission, also eine Stärkung der Gemeinschaftsmethode, und wir stehen für Spitzenkandidaten bei den Europawahlen.
- Wir glauben, dass das „Europa der Staatskanzleien“ nicht zu einem pluralistischen demokratischen Europa passt, denn wir zweifeln daran, dass viele intelligente Sherpas bei Regierungsverhandlungen und im Europäischen Rat ausreichen, Europa voranzubringen.
- Wir brauchen Kritik an der Politik der EU und ihren Institutionen! Wir brauchen aber auch Kritik an den Rahmenbedingungen der Europapolitik in Deutschland: Die institutionellen Grundlagen sind noch auf dem Stand der 80er-Jahre. Diplomatie und Verwaltung in Europa müssen grundlegend modernisiert werden!
- Die Bundestagswahl gibt eine hervorragende Gelegenheit für eine breite öffentliche Diskussion, auf die die neue Bundesregierung aufbauen kann. Ich schlage vor, dass EBD und Europa-Union hier Akzente setzen. Wahlkampf hin oder her – Europa ist zu wichtig, um es den Populisten zu überlassen.

In der Europa-Euphorie zu Anfang des Jahrtausends bekam die EBD in Bundesministerien noch zu hören: „Was wollen Sie denn noch? Der Binnenmarkt steht, der Euro ist ein Erfolg, die Verfassung kommt bald.“ Leider kam es anders. Inzwischen wissen wir, dass Europa kein Selbstläufer ist und dass die politischen Parteien gut daran tun, Europapolitik gemeinsam mit den gesellschaftlichen Kräften voranzubringen.

Längst ist wohl jedem von uns klar geworden: Nichts ist selbstverständlich, auch das gemeinsame Haus Europa nicht. Wir alle müssen etwas dafür tun, uns einsetzen, dafür streiten auch im täglichen Gespräch und unsere Überzeugung nach außen tragen. Wir müssen den Untergangspropheten etwas entgegensetzen – gerade, weil sie jetzt Hochkonjunktur haben.

Europapolitik ist auch und gerade Innenpolitik, das dürfte seit der Finanzkrise auch dem Letzten klar sein. Genauso gilt aber auch: Europäische Krisen sind eigentlich immer „hausgemacht“ – wo Vertrauen in demokratische Strukturen vor Ort schwindet, da braucht man sich nicht zu wundern, dass auch die Zustimmung zur europäischen Politikebene schwindet. Antieuropäischer Populismus zieht seine Kraft vor allem aus dem Abbau demokratischer Teilhabeprozesse, die nationale Politik verursacht hat. Davon fühlen sich Millionen Menschen abgehängt! Die EU ist nur eine dankbare Projektionsfläche für diese Angst. Wollen wir deshalb den Nationalisten das Feld überlassen?

Die schweigende Mehrheit muss aufhören zu schweigen. Europa braucht uns jetzt! Wir alle müssen als überzeugte Europäerinnen und Europäer hörbarer, sichtbarer für unsere Überzeugung kämpfen! Deutschland braucht die Europa-Union – und die EBD freut sich darauf, sie im Rahmen ihrer Politik nach Kräften zu unterstützen.

Liebe Freundinnen und Freunde von der Europa-Union: Seid weiter das Salz in unserer Suppe – wir brauchen Eure Würze!
Vielen Dank.